GENDER OPEN REPOSITORIUM

„Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen

Abels, Gabriele; Mushaben, Joyce Marie

2014

https://doi.org/10.25595/3404

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abels, Gabriele; Mushaben, Joyce Marie: *„Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 23 (2014) Nr: 2, 138–149. DOI: https://doi.org/10.25595/3404.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i2.17623

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

„Dieses Mal ist es anders" – oder doch nicht?

Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen[1]

GABRIELE ABELS. JOYCE MARIE MUSHABEN

Vom 22. bis 25. Mai 2014 fanden zum achten Mal Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. Das Wahlergebnis ist bemerkenswert und folgenreich, denn erstens konnte eine beachtliche Anzahl rechtspopulistischer, gar rechtsextremer euroskeptischer und EU-feindlicher Parteien aus zahlreichen Mitgliedstaaten ca. ein Viertel der Mandate gewinnen. Damit gehen in einigen Ländern Umverteilungen der Mandate im EP einher, die dramatisch sind. Diese wachsende Fragmentierung wirkt sich auf die interne Zusammensetzung und Funktionsweise des EP aus. Zweitens hat das EP seine mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 ausgebauten Rechte bei der Wahl des Kommissionspräsidenten in bemerkenswerter Weise genutzt und versucht derzeit, die Auswahl der anderen Kommissionsmitglieder zu beeinflussen. Es fordert damit die institutionelle Balance zwischen den drei zentralen EU-Organen – EP, Kommission und Rat – heraus. Was bedeutet dies aus einer genderpolitischen Perspektive?

Das EP gilt gemeinhin als progressiver genderpolitischer Akteur; es ist „heralded as one of the most gender-equal elected bodies in the world" (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 1). Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union (EU) der letzten 40 Jahre ist nicht zuletzt dem EP zu verdanken. Dabei hat sich der Umstand eines (im Vergleich zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten) höheren Anteils weiblicher Europaabgeordneter (MEPs) – das Argument der sog. „kritischen Masse" – sowie die Bereitschaft einzelner MEPs, sich durch innovative Vorschläge und Aktionen – das Argument der „kritischen Akte" (Mushaben 1998) – hervorzutun, positiv auf die Entwicklung der EU-Geschlechterpolitik ausgewirkt (vgl. Abels 2011; Locher 2012). Die Betonung von kritischer Masse bzw. kritischen Akten zielt auf die in der Genderforschung übliche Unterscheidung zwischen deskriptiver (standing for) und substantieller (acting for) Repräsentation ab, die von Hanna Pitkin (1967) in die Repräsentationstheorie eingeführt wurde. Aufbauend auf diese beiden Kategorien werden wir im Folgenden zunächst knapp die Wahlkampagne im Vorfeld thematisieren (Abschnitt 1), bevor wir dann ausführlicher die deskriptive Repräsentation fokussieren und das Wahlergebnis sowie dessen Folgen aus einer Genderperspektive näher analysieren (Abschnitt 2 und 3). Im Anschluss daran werden wir uns mit der substantiellen Seite befassen und diskutieren, was das Wahlergebnis für die Ausrichtung der Genderpolitik in der Legislaturperiode 2014-2019 bedeuten kann (Abschnitt 4).

Mobilisierung durch Kampagnen zu den EP-Wahlen

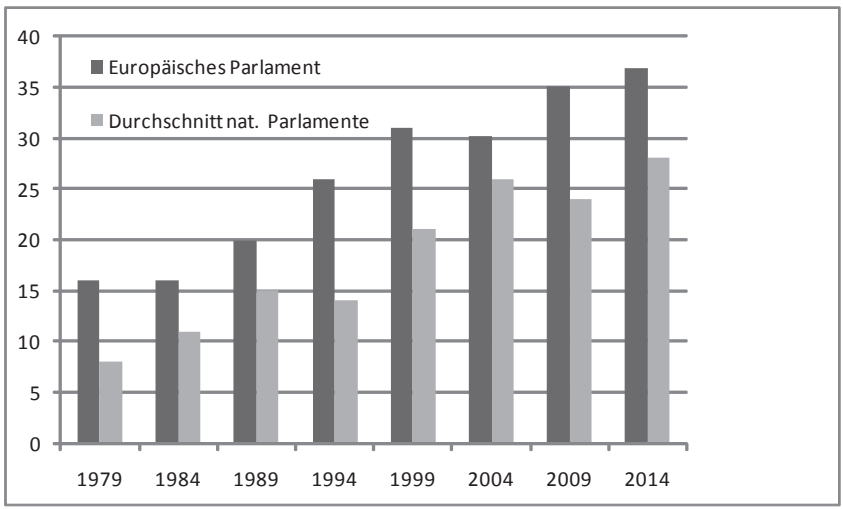
Das EP ist das einzige transnationale, direkt gewählte Parlament auf der Welt. Es ist vielleicht aber auch das einzige Parlament, für dessen Wahl jeweils große Werbekampagnen vom EP selber sowie auch von einer Vielzahl anderer Akteure gestartet werden, um die inzwischen fast 400 Millionen Wählerinnen und Wähler aus den nunmehr 28 EU-Mitgliedstaaten erstens darüber zu informieren, dass EP-Wahlen stattfinden und sie zweitens damit zum Wählen zu mobilisieren. Gemessen an der Wahlbeteiligung ist der Erfolg gleichwohl bescheiden. Seit der ersten Direktwahl 1979 ist die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken und erreichte 2014 (wie auch schon 2009) mit nur 42.54% einen neuen Tiefstand. Inwiefern v.a. Wählerinnen der Wahl ferngeblieben sind, ist unklar. Es gibt lediglich aus einer Nachwahlstudie von 2009 Hinweise darauf, dass die Wahlbeteiligung von Frauen etwas niedriger liegt; verlässliche und Langzeitdaten fehlen (vgl. Hoecker 2013, 46ff.)
Die diesjährigen Wahlen waren die ersten, die nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags stattfanden; dieser Vertrag stärkt die Rechte des EP in verschiedener Hinsicht, u.a. bei der Gesetzgebung, aber auch – wie gesagt – bei der Bestellung der Kommission. Die Wahlen 2014 standen deshalb unter dem Motto „Dieses Mal ist es anders“ (so das Motto der Europäischen Kommission) bzw. „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ (so das Motto des EP). Neben EU- und staatlichen Akteuren wirbt seit den 1990er-Jahren auch die European Women’s Lobby (EWL) für die EP-Wahlen. Die aktuelle 50/50-Kampagne stand unter dem Motto „No more excuses“. Erstmals wurden im Rahmen dieser Kampagne auch die Wahlprogramme der Parteien einem genderpolitischen Monitoring unterzogen.
Während sich der offizielle Werbefilm des EP in bemerkenswert positiver Weise (http://www.elections2014.eu/) von den Werbespots der vergangenen Wahlen 2004 und 2009 absetzte, die sich durch unterschiedliche Grade an Sexismus auszeichneten, ist ein vom dänischen Parlament in Auftrag gegebener Animationsfilm, um wahlmüde BürgerInnen zu motivieren, an Sexismus nicht mehr zu überbieten: Voteman – ein muskelbepackter Super-Macho – befindet sich in der ersten Szene mit gleich fünf Frauen im Bett, die ihn sexuell befriedigen. Als der Nichtwähler-Alarm schrillt, springt er sofort aus dem Bett, um den Nichtwähler aufzuspüren und zum Wählen zu prügeln.[2] Nach Protesten wurde der Kurzfilm zurückgezogen. Es ist erschreckend, dass auch in dem oftmals genderpolitisch vorbildlichen Dänemark ein solcher „Ausrutscher“ möglich ist.

Deskriptive Repräsentation I: Das Wahlergebnis und seine Folgen für das EP

Von 1952 bis 1979 bestand das EP aus Delegierten der nationalen Parlamente; in dieser Zeit lag der Frauenanteil zwischen 1,3% (1952) und 4,9% (1975) (vgl. Europäisches Parlament 2014, 5). Erst seit den Direktwahlen 1979 zeichnete sich ein

Trend ab, dass im EP der Frauenanteil höher ist als im Durchschnitt der Parlamente in den Mitgliedstaaten: Er liegt um 8 (1979) bis 13 Prozentpunkte (2009) höher; im aktuellen EP beträgt die Differenz 8,9 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 1979-2014 (in %)



Quelle: Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 3; eigene Ergänzung

Mit den diesjährigen Wahlen konnte der Frauenanteil lediglich minimal von 35,1% (7. Wahlperiode, WP) auf nunmehr 36,9% (8. WP) gesteigert werden. Für die Hälfte der EU-Staaten lässt sich feststellen, dass der Anteil weiblicher MEPs 2014 im Vergleich zu 2009 teils stark geschrumpft ist; in nur wenigen Staaten gibt es größere Zuwächse (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 2009 und 2014

	Mandate insgesamt (n)	Frauenanteil im EP 2014 (%)	Frauenanteil im EP 2009 (%)	Frauenanteil im EP 2009 (%)	NationalesParlament (Unterhaus)*	Differenz EP2014 und nat. Parlament in Prozentpunkte
Belgien	22	28,6	36,4	-7,8	41	-12,4
Bulgarien	18	29,4	41,2	-11,8	26	+3,4
Dänemark	13	38,5	46,2	-7,7	38	+0,5
Deutschland	96	36,5	37,4	-0,9	36	+0,5
Estland	6	50,0	50,0	±0,0	20	+30,0
Finnland	13	53,9	61,5	-7,6	43	+10,9
Frankreich	74	43,2	45,8	-2,6	26	+27,2
Griechenland	22	23,8	31,8	-8,0	21	+2,8
Großbritannien	73	41,1	33,3	+7,8	23	+18,1
Irland	12	54,5	25,0	-29,5	15	+39,5
Italien	73	39,7	22,2	+17,5	31	+8,7
Kroatien	11	45,5	--	--	25	+20,5
Lettland	9	37,5	37,5	±0,0	25	+12,5
Litauen	12	9,1	25,0	-15,9	24	-14,9
Luxemburg	6	33,3	16,7	+16,6	28	+5,3
Malta	6	66,7	0	+66,7	13	+53,7
Niederlande	26	42,3	48,0	-5,7	39	+3,3
Österreich	19	44,4	41,2	+3,3	32	+12,4
Polen	51	23,5	22,0	+1,5	25	-1,5
Portugal	22	38,1	36,4	+1,7	31	+7,1
Rumänien	33	31,3	36,4	-5,1	13	+18,3
Schweden	20	55,0	55,6	-0,6	43	+12,0
Slowakei	13	30,8	38,5	-7,7	22	+8,8
Slowenien	8	37,5	28,6	+8,9	33	+4,5
Spanien	54	40,7	36,0	+4,7	40	+0,7
Tschechien	22	23,8	18,2	+5,6	20	+3,8
Ungarn	22	19,1	36,4	-17,3	10	+9,1
Zypern	6	16,7	33,3	-16,6	14	+2,7
	751	36,9	35,1	+1,8	28	+8,9

* gemäß Ergebnis der jeweils letzten nationalen Wahl

Quelle: http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20140708STO51844/html/Parliament-figured-out-the-facts-on-new-MEPs?; http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/politics/national-parliaments/index_en.htm (eigene Zusammenstellung und Berechnung; Stand: 30.7.2014).

Warum nur eine geringe Steigerung? Ein wichtiger Faktor ist die sehr hohe Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im neuen EP mit oftmals nur ein, zwei oder drei Mandaten; typisch ist etwa die schwedische Partei Feministische Initiative (ein Mandat). Entscheidend ist dann, wie die ersten Listenplätze besetzt sind. Dies zeigt sich etwa für die deutschen Mandate: Neben den fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind acht (!) Klein- und Kleinstparteien erstmals (aufgrund des Wegfalls der 5%-Sperrklausel) in das EP eingezogen: Nach Geschlecht aufgeschlüsselt stellt sich die Mandatsverteilung wie folgt dar (Frauen/MEPs insgesamt): Familienpartei (0/1), FDP (1/3), Freie Wähler (1/1), NPD (0/1), ÖDP (0/1), Piraten (1/1), Die PARTEI (0/1) und Tierschutzpartei (0/1). Hinzu kommt neu die AfD; sie erreichte auf Anhieb die gleiche Stärke wie die Linke. Von den sieben MEPs der AfD sind zwei Frauen.

In der Gesamtschau gilt auch 2014, dass der Anteil weiblicher Abgeordneter im EP höher ist als im Durchschnitt der nationalen Parlamente. Positiv wirkt sich aus, dass zu den europaweit einheitlichen Wahlgrundsätzen für die EP-Wahlen der Grundsatz der Verhältniswahl gehört. Verhältniswahlen gelten gemeinhin als „frauenfreundlicher", zumal sie einfacher mit Quoten kombinierbar sind und die Personalisierung von Wahlkämpfen geringer ist. Eine neuere Studie zeigt, dass dies nur ein Faktor unter vielen ist; denn auch Unterschiede in den eher technischen Aspekten der nationalen Europawahlgesetze (z.B. offene oder geschlossene Listen; Wahlkreisgrößen) haben einen Einfluss auf die Förderung der Chancen von Kandidatinnen, ein Mandat im EP zu erringen (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014). Weiterhin sind auch die sozioökonomischen Faktoren einflussreich (ebd., 14).

Empirisch gut belegt ist ferner die These, dass linksorientierte Parteien mehr Frauen rekrutieren als rechtsorientierte (vgl. Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 12). Der Grund ist, dass diese stärker einem Gleichheitsideal verpflichtet sind und sich zudem responsiv gegenüber entsprechenden Erwartungen ihrer WählerInnenschaft verhalten. Dies spiegelt sich auch bei den EP-Wahlen und im EP wider. Insbesondere EU-skeptische oder -feindliche Parteien, die zumeist dem rechten Lager angehören, sind weniger geneigt, Frauen zu rekrutieren, wie eine Studie für Osteuropa belegt (Chiva 2014). So waren Frauen in den explizit rechten Fraktionen im EP stets eine Minderheit (vgl. Hoecker 2013, 92ff.). Dies zeigt sich in Deutschland bei der Partei Alternative für Deutschland (AfD): Sie trat mit nur sechs Frauen unter den 28 EP-KandidatInnen an; dies entspricht 21,4%.

Auch in den politischen Gruppen (Fraktionen) im EP spiegelt sich der Befund „parties matter" insgesamt wider. Im neuen EP ist die konservativ-christdemokratische Europäische Volkspartei (der die CDU und CSU angehören) mit 221 Mandaten nach wie vor die stärkste Gruppe, gefolgt von der Fraktion der Sozialisten und Demokraten (ihr gehört die SPD an) mit 191 Mandaten. Drittstärkste Kraft wurde mit 70 Mandaten erstmals die EU-skeptische Fraktion der Konservativen und Reformisten (EKR), die von den britischen Tories angeführt wird und die auch die AfD sowie die Familien-Partei Deutschlands aufgenommen hat. Die liberale ALDE-Fraktion (FDP) ist mit 67 Mandaten erstmals nur die viertstärkste Kraft. Ihr folgen die Ver-

einte Europäische Linke/Nordische Grüne (KVEL/NGL) mit 52 Mandaten (darunter die deutschen LINKE) und die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) mit 50 Mandaten (u.a. Bündnis 90/Grüne; ÖDP und Piraten). Die Gruppe der Fraktionslosen stieg auf 52 MEPs an, darunter die deutsche NPD neben rechtsextremen Parteien aus anderen EU-Staaten.
Der Frauenanteil in den Fraktionen variiert zwischen 21,4 bis 50%. Lediglich in der ERC-Fraktion (21,4%) und unter den Fraktionslosen (26,9%) liegt der Frauenanteil unter dem Durchschnitt der nationalen Parlamente (28%); in allen anderen Fraktionen liegt er in Regel weit über dem Durchschnitt in den Mitgliedstaaten (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil weiblicher MEPs in den Fraktionen 2009 und 2014

	2014		2009		Differenz in Prozentpunkten
	MEPs insgesamt	Frauen (%)	Mitglieder insgesamt	Frauen (%)	
KVEL/NGL	52	50,0	35	28,5	+21,5
S&D	191	45,0	184	40,2	+4,8
Grüne/EFA	50	42,0	55	54,2	-12,5
ALDE	67	40,0	84	45,2	-5,2
EVP	221	30,3	265	33,5	-3,5
ERC	70	21,4	55	12,7	+8,7
EFDD	48	37,5	32	15,6	+21,9
Fraktionslose	52	26,9	26	19,2	+7,7

Quelle: Hoecker 2013, 91; eigene Ergänzung.

Angesichts des Erstarkens der rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte wäre selbst ein gesunkener Anteil an weiblichen MEPs möglich gewesen. Jedoch haben einige Parteien der Rechten einen ausgesprochen hohen Frauenanteil (vgl. Tabelle 3). In der integrationsfeindlichen EFDD-Fraktion hat sich der Frauenanteil seit den Wahlen 2009 gar mehr als verdoppelt. Auch in den rechten Parteien ist die Rekrutierung von Kandidatinnen eine wichtige Strategie, um die weibliche Wählerschaft anzusprechen und zu gewinnen. Zudem unterliegen auch rechte Parteien – sofern vorhanden – gesetzlichen Quotenregelungen auf nationaler Ebene. So ist etwa der Front National (FN) um Le Pen eine ausgesprochen „weibliche" Partei, dank der starren Quotenvorgaben im Rahmen der französischen Parité-Gesetze, die mit scharfen finanziellen und rechtlichen Sanktionen verbunden sind (vgl. Murray 2012).

Tabelle 3: Anteil weiblicher MEPs in den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien 2014

Partei	Land	Fraktion	MEPs insgesamt	Frauen in % (n)
AfD	Deutschland	ERC	7	28,6 (2)
Front National	Frankreich	FL	23	39,1 (9)
Freiheitspartei	Niederlande	FL	4	25,0 (1)
FPÖ	Österreich	FL	4	25,0 (1)
Die Finnen	Finnland	ERC	2	0,0 (0)
Goldene Morgenröte	Griechenland	FL	3	0,0 (0)
Jobbik	Ungarn	FL	3	33,3 (1)
Lega Nord	Italien	FL	5	20,0 (1)
Movimento 5 Stelle	Italien	EFDD	17	47,1 (8)
Neuer Rechter Kongress	Polen	FL	4	0,0 (0)
NPD	Deutschland	FL	1	0,0 (0)
Schwedendemokraten	Schweden	EFDD	2	50,0 (1)
UKIP	Großbritannien	EFDD	24	29,2 (7)
Vlaams Belang	Belgien	FL	1	0,0 (0)
Volkspartei	Dänemark	ERC	4	25,0 (1)

Anmerkung: FL – Fraktionslos
Quelle: Eigene Auszählung.

Eine der ersten Aufgaben eines neuen Parlaments ist die Bestellung der internen Führungspositionen.[3] Hierzu gehört zuvörderst das Präsidium. Der alte EP-Präsident Martin Schulz, der als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in das Rennen um die Kommissionspräsidentschaft ging, ist als neuer Präsident wiedergewählt worden. Ihm stehen insgesamt 14 VizepräsidentInnen zur Seite; hiervon sind sechs Frauen (43%). Unter den fünf Quästoren finden sich zwei Frauen (40%). Zudem sind die Führungspositionen in den Ausschüssen und Delegationen zu besetzen. In 14 der insgesamt 33 parlamentarischen Delegationen hat eine Frau den Vorsitz (42,4%). Frauen haben in zehn der 24 Ausschüsse den Vorsitz (45%); allerdings haben alle großen Ausschüsse einen männlichen Vorsitz. Unter den Vizevorsitzenden der Ausschüsse liegt ihr Anteil bei 44,2% (38). Die Repräsentation von Frauen in den Ausschüssen ist dabei unterschiedlich hoch. So waren in der 7. WP im konstitutionellen Ausschuss AFCO nur 16% weibliche MEP, im beschäftigungs- und sozialpolitischen Ausschuss EMPL hingegen 54% (Europäisches Parlament 2014, 10). In der neuen, 8. WP. erhöhte sich der Frauenanteil im AFCO auf 22%, im EMPL liegt er gleichbleibend bei 54,5%. Der FEMM ist der „weiblichste" Ausschuss im EP; von den 67 Mitgliedern sind zehn Männer. Dies entspricht, wie schon in der 7. WP, einem Frauenanteil von 85%. Schließlich ist die Besetzung von Führungspositionen in den sieben politischen Gruppen relevant, von denen zwei mit einem Führungsduo

agieren. Insgesamt sind wieder zwei Frauen (22,0%) Fraktionsvorsitzende (Rebecca Harms, Grüne/EFA und Gabi Zimmer, KVEL/NGL). Bis auf den Fraktionsvorsitz hat sich der Frauenanteil in allen Kategorien von Führungspositionen innerhalb des EP im Vergleich zur 7. WP verbessert.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass das EP im Vergleich zum Durchschnitt der nationalen Parlamente in der EU-28 nach wie vor „frauenfreundlicher" ist. Allerdings zeigen sich zwischen den Mitgliedstaaten gravierende Unterschiede. Das lange Zeit verbreitete Muster, wonach die nordischen Staaten eine Führungsposition belegten, gefolgt von einigen westeuropäischen Staaten und wonach die süd- und osteuropäischen Staaten die Schlusslichter waren, ist nicht mehr so deutlich. Der Rechtsruck bei den EP-Wahlen 2014 hat sich nicht generell zulasten von Frauen ausgewirkt, auch wenn insgesamt noch ein Links-Rechts-Muster bei der Repräsentation von Frauen im EP zu erkennen ist. Die zunehmende Zersplitterung von Parteiensystemen in vielen Mitgliedstaaten wirkt sich auch und – wegen des Nebenwahl-Charakters der EP-Wahlen (vgl. Niedermayer 2014) – in besonderem Maße bei den EP-Wahlen aus und führt in einigen Ländern zu teilweise dramatischen Verschiebungen bei der Sitzverteilung (z.B. in Frankreich oder Großbritannien). Wenn zudem die Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im EP steigt, dann spielt es eine entscheidende Rolle, ob Kandidatinnen auf den vorderen Listenplätzen stehen. Hierfür sind die Rekrutierungsstrategien nationaler Parteien und gesetzliche oder parteipolitische Quoten in den Mitgliedstaaten zentral. Auch jenseits von Quoten haben ebenso rechte Parteien die Chance ergriffen, mehr Kandidatinnen zu nominieren, um hierdurch eine weibliche Wählerschaft ansprechen zu können. Die Entwicklung wird für die Wahlen in 2019 weiter zu beobachten sein.

Deskriptive Repräsentation II: Bestellung der Europäischen Kommission

Das Motto „Dieses Mal ist es anders" bezog sich auch darauf, dass erstmals von den meisten Europarteien SpitzenkandidatInnen nominiert und die Wahlen dadurch personalisiert wurden. Unter den insgesamt acht SpitzenkandidatInnen der Europarteien (EVP, PES, ELDR, Grüne, Linke, Piraten) fanden sich nur bei den Grünen und den Piraten – als eine Hälfte der Doppelspitze – Frauen. Nach dem Modell nationaler parlamentarischer Demokratien sollte, so die Idee, der/die SpitzenkandidatIn der Partei, die als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, den/die PräsidentIn der nächsten Europäischen Kommission stellen. Diese Strategie geht auf eine neue Bestimmung des Lissabon-Vertrags zurück (Art. 17 AEUV), der zufolge der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs bei der Benennung des/der KandidatIn für die Kommissionspräsidentschaft das Ergebnis der EP-Wahlen zu *berücksichtigen* habe. Vom EP wurde der Artikel in dem o.g. Sinne ausgelegt, dass Jean-Claude Juncker als Spitzenkandidat der siegreichen EVP zum Kommissionspräsidenten bestimmt werden müsse. Die EVP, S&D und die ALDE schlossen schon vor den Wahlen einen

Pakt und erklärten, keinen anderen Kandidaten zu akzeptieren. Das EP konnte sich im Machtpoker mit dem Europäischen Rat schließlich durchsetzen und wählte am 15. Juli 2014 Juncker zum neuen Kommissionspräsidenten.
Aktuell laufen zwischen Juncker und den nationalen Regierungen die Verhandlungen um die Posten der anderen 27 KommissarInnen, denn die neue Kommission soll am 1. November 2014 ihr Amt antreten. Dies ist nur möglich, wenn das EP vorher die Anhörungen der KandidatInnen für die 27 Posten erfolgreich abschließt und die Kommission als Kollegium mit absoluter Mehrheit wählt. Gerade auch die Kommission, die im europäischen Gesetzgebungsprozess ein entscheidender Impulsgeber ist aufgrund ihrer Initiativmonopols, war über Jahrzehnte eine ‚frauenfreie Zone'; erst 1989 wurde eine erste Kommissarin ernannt. Der Frauenanteil ist seitdem kontinuierlich gestiegen. Der letzten Kommission (2010-2014) gehörten neun Kommissarinnen (33%) an. Dieser Anteil wird in der neuen Kommission aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können – trotz Drohungen des EP und intensiven Werbens Junckers, dass die Mitgliedstaaten in großer Zahl Kandidatinnen (mindestens 10) nominieren sollen. Während es zwischenzeitlich so schien, als würden im schlimmsten Fall lediglich vier Kommissarinnen nominiert werden, was ein Rückfall in die 1990er-Jahre wäre, ist nun die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass der Anteil von neun Kommissarinnen konstant bleibt, von denen Juncker drei zu Vize-Präsidentinnen der Kommission ernennen will (vgl. EurActiv 2014).

Substantielle Repräsentation: Genderpolitische Prioritäten 2014-2019

Genderpolitik ist – gemäß dem Prinzip des Gender Mainstreaming – eine Querschnittsaufgabe. Gleichwohl zeigt sich, dass sie in den unterschiedlichen Politikbereichen der EU in unterschiedlichem Maße verankert ist (vgl. für viele Abels/Mushaben 2012). Innerhalb des EP spielt der Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit (FEMM) für die Entwicklung der Genderpolitik eine wichtige Rolle. Zwar kann von einer hohen deskriptiven Repräsentation nicht automatisch auf eine hohe substantielle Repräsentation geschlossen werden (sprich: viele Frauen machen viel Frauenpolitik), gleichwohl ist eine „politics of presence" (Anne Phillips) durchaus eine förderliche Bedingung, gerade wenn institutionelle Faktoren hinzukommen. Im FEMM liegt der Frauenanteil bei 85,1% (57 von 67 MEPs).
Der FEMM ist ein sog. neutraler, nichtobligatorischer Ausschuss; deshalb wird ihm gemeinhin ein geringerer Stellenwert zugewiesen. Zugleich kann dies jedoch auch ein Vorteil sein, wie Ahrens (2012) argumentiert, insofern die Mitglieder im FEMM ein hohes intrinsisches Engagement und oftmals entsprechende Policy-Kompetenz mitbringen. Ferner wird durch Doppelmitgliedschaft im FEMM und in weiteren Ausschüssen eine Diffusion von Genderfragen verbessert. Entscheidend für die Stärke und Handlungsfähigkeit des FEMM sei letztlich dessen programmatische Homogenität und eine Art von Zusammengehörigkeitsgefühl (ebd., 125).

Im neuen FEMM ist diese Homogenität jedoch prekär. Denn gerade auch unter den neuen und oftmals EU-skeptischen Kleinparteien finden sich viele genderpolitisch erzkonservative Parteien, für die gerade auch der FEMM-Ausschuss ein interessantes Betätigungsfeld ist. Im aktuellen FEMM sind neben dem MEP der konservativen deutschen Familien-Partei auch MEPs der AfD sowie Abgeordnete der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen österreichischen FPÖ, der slowenischen Konservativen Demokraten, der niederländischen Freiheitspartei, des französischen Front National, der nationalkonservativen polnischen PIS, der ungarischen Fidesz und Jobbik. Sie haben zwar bei weitem keine Mehrheit im FEMM, aber zumindest ein erhebliches Störpotential.
Diese Polarisierung im FEMM ist nicht prinzipiell neu. Auch in den letzten Legislaturperioden erwiesen sich v.a. Themen wie reproduktive Rechte und Abtreibung als Konfliktthemen. Doch die Konflikte werden vermutlich schärfer. Dies zeigte sich bereits bei der Besetzung der Führungsposten im FEMM; hier kam es zu einem Eklat: Die ERC-Fraktion hatte für die Wahl als vierte Vize-Ausschussvorsitzende Beatrix von Storch ins Rennen geschickt. Von Storch gehört zum erzkonservativen Flügel der AfD und war in den vergangenen Monaten mit provokanten Äußerungen u.a. zur traditionellen Rolle der Frau, gegen Gender Mainstreaming und „staatliche Umerziehung“ negativ aufgefallen (Leber 2014). Der insgesamt genderpolitisch eher progressiv besetzte FEMM-Ausschuss wollte sie deshalb nicht in eine Führungsposition wählen: Die Bewerbung von Storchs scheiterte! Von der ERC wurde sie daraufhin mit einem Posten als Vizefraktionsvorsitzende „entschädigt“ (der ihr politisch mehr Einfluss einräumt als ein Vizeposten im FEMM) und eine andere Kandidatin für den FEMM-Ausschuss benannt.
Genderpolitische zentrale Gesetzgebungsprozesse, die in der letzten Legislaturperiode nicht abgeschlossen werden konnten, waren zum einen die Einführung einer Quote für Frauen in Führungsposten in Vorständen und zum anderen eine Ausweitung des Mutterschutzes. Beide Maßnahmen werden von der neuen FEMM-Vorsitzenden, der spanischen Sozialistin Iratxe García Pérez, wieder aufgegriffen werden. Auch die genderpolitischen Effekte der Krisen- und Austeritätspolitik der letzten Jahre werden die Agenda des FEMM weiter bestimmen. Der FEMM beteiligt sich derzeit aktiv an den Anhörungen der KandidatInnen für die Kommission, um seiner Agenda Nachdruck zu verleihen und die genderpolitischen Weichenstellungen für die neue Legislaturperiode zu beeinflussen.

Dieses Mal war es anders? Ein Ausblick

Die EU ist ihrem Selbstbild nach eines der genderpolitisch progressivsten Regime auf der Welt. Dieses Selbstbild gilt es durchaus kritisch zu hinterfragen (Macrae 2010). Gleichwohl ist die genderpolitische Bilanz der EU besser als die in vielen anderen Regionen und politischen Systemen der Welt. Das EP hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und wird diesen auch in Zukunft leisten. Allerdings sind

die Bedingungen hierfür nach den Wahlen 2014 nicht einfacher geworden. Denn in geschlechterpolitischer Hinsicht hat sich gezeigt, dass es bei diesen Wahlen nicht per se anders war. Vom Ziel einer echten Geschlechterparität ist das EP nach wie vor weit entfernt. Allerdings zeichnen sich einige bemerkenswerte Entwicklungen bei der detaillierteren Analyse der Wahlen und ihrer Folgen ab, die sich lohnen, in ihrer genderpolitischen Bedeutung genauer reflektiert zu werden.

Die zunehmende Fragmentierung im EP macht eine Mehrheitsbildung zumindest schwieriger, denn „parties matter". Simon Hix (2013) hat gezeigt, dass gerade genderpolitische Entscheidungen entweder von einer „Super Grand Coalition" aus EVP, S&D sowie ALDE oder von einer Mitte-Links-Koalition aus S&D, ALDE plus weitere Parteien getragen werden. Grüne/EFA und KVEL/NGL erreichen gerade auch auf dem Gebiet der Gleichstellung eine hohe Abstimmungskohärenz zugunsten progressiver politischer Maßnahmen, während die Kohährenz bei den Liberalen sowie im rechten Lager niedrig ist (ebd., 4f.). Die Weiterentwicklung eines europäischen Antidiskriminierungsregimes wird jedenfalls nicht zuletzt im EP entschieden (vgl. Kantola/Nousiainen 2012).

Die wachsende „Euroskepsis" und ihre parteipolitischen Effekte werden ferner in den EU-Mitgliedstaaten selber folgenreich sein. Viele (v.a. rechte) Parteien haben bei der EP-Wahl einen Erfolg erzielt, den sie nun auch in nationalen (und ggf. regionalen) Wahlen nutzen wollen (s. die AfD bei den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland). Dies wird die politischen Konstellationen in den EU-Staaten und die Politiken der nationalen Regierungen zweifelsohne beeinflussen. Die Vorzeichen für große Schritte in der EU-Geschlechterpolitik sind jedenfalls „a mixed bag".

Anmerkungen

1 Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrag ist als Tübinger Arbeitspapier zur Integrationsforschung (TAIF) Nr. 9/2014 publiziert; Internet: https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/53316 (17.9.2014).

2 In dem Trailer 2004 räkelte sich eine wortlose Nixe im Wasser umringt von EU-Sternen; im Trailer 2009 rennt eine hysterisch schreiende Blondine im Minirock auf der Flucht vor einem Frankenstein-Monster in ein Wahllokal mit der Botschaft: zum Wählen ist immer Zeit. Alle genannten Videotrailer sind auf YouTube zu finden.

3 Nachfolgende Daten beruhen auf: http://static.euractiv.com/files/the_european_parliament_2014-2019_072014-en-04.pdf (17.9.2014), Europäisches Parlament 2014; eigene Auszählung. Für die 7. WP vgl. Hoecker 2013, 111, 114.

Literatur

Abels, Gabriele, 2011: Gender Equality Policy. In: Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (Hg.): Policies within the EU Multi-Level System. Instruments and Strategies of European Governance. Baden-Baden, 325-348.

Abels, Gabriele/**Mushaben**, Joyce Marie (Hg.), 2012: Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, New York.

Ahrens, Petra, 2012: Wenn sich Nachteile als Vorteile erweisen: Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament. In: Femina Politica. 21 (2), 119-126.

Chiva, Cristina, 2014: Gender, European Integration and Candidate Recruitment: The European Parliament: Elections in the New EU Member States. In: Parliamentary Affairs. 67, 458-494, DOI:10.1093/pa/gss047.

EurActiv, 2014: Lack of Women no longer a Problem for New Commission. Internet: http://www.euractiv.com/sections/social-europe-jobs/lack-women-no-longer-problem-new-commission-308200?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=f67f5be33c-newsletter_weekly_update&utm_medium=email&utm_term=0_bab5f0ea4e-f67f5be33c-245507185 (8.9.2014).

Europäisches Parlament, 2014: Frauen im Europäischen Parlament auf politischer Ebene. Internationaler Frauentag 8. März 2014. Referat für Gleichstellung und Vielfalt, Generaldirektion Personal. Internet: http://www.europarl.at/resource/static/files/p7_pub-2014-0001_de.pdf (31.7.2014).

Fortin-Rittberger, Jessica/**Rittberger**, Berthold, 2014: Do Electoral Rules Matter? Explaining National Differences in Women's Representation in the European Parliament. In: European Union Politics (Online first), 1-25, DOI: 10.1177/1465116514527179.

Hix, Simon, 2013: Why the 2014 European Elections Matter: Ten Key Votes in the 2009–2013 European Parliament. SIEPS European Policy Analysis. Nr. 15. Internet: http://www.sieps.se/sites/default/files/2013_15epa.pdf (30.7.2014).

Hoecker, Beate, 2013: Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich. Wiesbaden.

Kantola, Johanna/**Nousiainen**, Kevät, 2012: The European Union: Initiator of a New European Anti-Discrimination Regime? In: Krizsan, Andrea/Skjeie, Hege/Squires, Judith (Hg.): Institutionalizing Intersectionality: The Changing Nature of European Equality Regimes. Houndsmill, New York, 33-58.

Leber, Fabian, 2014: Knallhart konservativ – und bald die wichtigste Frau der AfD. In: Der Tagesspiegel, 24.4.2014. Internet: http://www.tagesspiegel.de/politik/beatrix-von-storch-knallhart-konservativ-und-bald-die-wichtigste-frau-der-afd/9795884.html (30.7.2014).

Locher, Birgit, 2012: Gendering the EU Policy Process and Constructing the Gender Acquis. In: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. (Hg.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, New York, 63-84.

Macrae, Heather, 2010: The EU as a Gender Equality Policy: Myths and Realities. In: Journal of Common Market Studies. 48 (1), 155-174.

Murray, Rainbow, 2012: Parity in France: A 'Dual Track' Solution to Women's Under-Representation. In: West European Politics. 35 (2), 343-361.

Mushaben, Joyce Marie, 1998: The Politics of Critical Acts: Women, Leadership and Democratic Deficits in the European. In: The European Studies Journal. 15 (2), 51-91.

Niedermayer, Oskar, 2014: Immer noch eine ‚nationale Nebenwahl'? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 45 (3) (im Erscheinen).

Pitkin, Hanna Fenichel, 1967: The Concept of Representation. Berkely, Los Angeles.